

Die „Volkswacht“
erscheint wöchentlich
am 19. März 1909
Abendblatt
Preis 1/2 Mark
Verlagsgesellschaft
H. 1. 50
H. 2. 50
H. 3. 50
H. 4. 50
H. 5. 50
H. 6. 50
H. 7. 50
H. 8. 50
H. 9. 50
H. 10. 50

Volkswacht

für Schlesien, Posen und die Nachbargebiete.

Unterstützung
beruht für die einjährige
Geldstrafe oder deren Ausmaß
25 Pfennige,
für Arbeitsmarkt, Verordnungen
und Verordnungs-Verordnungen
15 Pfennige,
Ausdrücke 10 Pfennige
Anzeige für die nächste Nummer
müssen bis zum 1. März 1909
in der Expedition abgegeben werden.

Telephon
Redaktion 3141.

Organ für die werktätige Bevölkerung.

Telephon
Expedition 1206.

Nr. 292.

Mittwoch, den 15. Dezember 1909.

20. Jahrgang.

Die beiden Fronten!

„Allgemeiner Delegiertentag der deutschkonservativen Partei“ nannte sich stolz die Versammlung, die am letzten Sonnabend im Berliner Weinhaus Rheingold tagte und deren Zweck es war, der konservativen Parteileitung ein Vertrauensvotum auszustellen. Dieser Zweck ist selbstverständlich auch erreicht worden, aber dem, der sich nicht durch ein paar Redensarten blind machen läßt, haben sie nichts von der Stärke der konservativen Partei gezeigt, sondern ihre Schwäche deutlich verraten. Das ist auch ganz selbstverständlich, denn die Stärke der konservativen Partei liegt in dem Reichtum der Großgrundbesitzer, ihren geschichtlich übernommenen Verbindungen, ihrem Einfluß auf die preussische Verwaltung, in der Rückständigkeit der preussischen Politik, in der politischen Unerschrockenheit der deutschen Bourgeoisie. Will sich die konservative Partei aber als „Volkspartei“ aufspielen, mit dem üblichen Drum und Dran von Presse, Organisation, Parteitagungen usw., so wirkt sie in ihrer Hilflosigkeit beinahe komisch, hier ist sie nicht in ihrem Element und alles, was sie dann tut, ist nicht viel mehr als ein vergeblicher Versuch, den Punkt zu verdecken, an dem sie sterblich ist.

Die Schauspieler und Statisten des Junkertums, die im Rheingold Partei spielten, haben sich aber auch von einer Seite gezeigt, von der man die preussischen Junker sonst nicht kennt. Sie sind aus Feigheit der preussischen Wahlrechtsfrage aus dem Wege gegangen. Man hatte ein Ueberkommen getroffen, diese Frage, die doch geradezu die Lebensfrage der konservativen Partei ist, mit keinem Worte zu berühren. Nur der Delegationsrat v. Hoerster, der als Gast über auswärtige Politik sprach und außerhalb des Konferenzes stand, überrückte durch eine Anrede gegen das „brutale Majoritätsprinzip“ des Reichstagswahlrechts, er vertrat damit als der einzige offen den altpreussischen Grundsatz „Autorität, nicht Majorität“, während sich die anderen feige duckten und der Justizrat Klasing sogar die „Verleumdung“, sich der Mehrheit unterzuordnen“, die sonst als demokratische Tugend gilt, für die Mitglieder der konservativen Partei in Anspruch nahm. Ueber das Dreiklassenwahlrecht fiel während der wohl vorbereiteten Vorstellung kein Wort.

Die Junker haben also nicht mehr den Mut, das Dreiklassenwahlrecht auf ihrem sogenannten Parteitag zu verteidigen. Fürchten sie, selbst von den sieben Mal Geliebten ihrer Delegiertenversammlung ausgepöfcht zu werden, oder besorgen sie, daß eine voreilige Festlegung auf das bestehende Wahlsystem bei einem nahe bevorstehenden Versuch, wenigstens von den Trümmern möglichst viel zu retten, die Hände binden könnte? Durch das Verhalten der Konservativen scheint die Tatsache bestätigt zu werden, daß eine Wahlreformvorlage jetzt doch auf dem Wege ist. Das freche Geschrei der Edlen, die den König zum Wortbruch auforderten und jeden Versuch zur Erfüllung des königlichen Versprechens einen „ungeheuren Frevel“ nannten, ist auf Kommando verstummt. Das Ziel, die Erhaltung der konservativen Privilegienherrschaft in Preußen, ist daselbst geblieben. Aber die Taktik ist geändert.

Das heißt natürlich: Der Krieg um das Wahlrecht ist noch lange nicht entschieden, aber die Truppen auf beiden Seiten formierten sich zu einem ersten großen Treffen, aus dem sich vielleicht schon der eigentliche Entscheidungslampf entwickeln kann. Die Verteidiger des Klassenwahlrechts ziehen sich von den ungeschützten Außenposten in ihre gesicherte Stellung zurück, einen offenen Kampf gegen jede Wahlreform wollen sie nicht mehr wagen. So liegen die Dinge jetzt.

Ein Rückzug in eine geheime Stellung war ja auch die Antwort, die der neue Reichskanzler im Reichstag auf alle Fragen wegen der Wahlreform gab, indem er erklärte, darüber werde er nur in Preußen reden. Ueber das preussische Wahlrecht ist im Reichstag aber schon oft und viel geredet worden, und die Regierung hat sich an diesen Debatten lebhaft beteiligt. Schon im Jahre 1895 hatte der konservative Führer v. Buchta zugegeben, daß das Reich die Kompetenz habe, das Wahlrecht der Einzelstaaten zu bestimmen. Am 2. Februar 1906 machte der Vertreter des Reichskanzlers Graf Posadowsky im Reichstag auch seine bekannten Ausführungen über dieses Thema, die in den Sägen zupfiffen:

Ich vertrete nicht das preussische Wahlrecht, ich erkenne seine schweren Mängel an... Es liegt eine gewisse Dissonanz darin, daß für den Reichstag ein anderes Wahlrecht besteht als für die Präsidialmacht Preußen... Ich muß Ihnen auch offen sagen, ich bedauere, daß die Arbeiter nicht auch in genügender Zahl im preussischen Parlament vertreten sind...

Befiß ist keine Tugend, Befiß ist meist auch kein Verdienst, Befiß ist nur eine sehr angenehme Tatsache.

Die Kompetenz des Reichstags zur generellen Regelung einzelstaatlicher Verfassungsfragen ist auch in den häufigen Erörterungen über die mecklenburgische Frage anerkannt worden. Und eben erst jetzt hat sich die mecklenburgische Regierung genötigt gesehen, ihren widerspenigen Junkern, die dem Lande jeden Anstoß zu einer modernen Verfassung vorenthalten, mit der Reichsgesetzgebung zu drohen. Woher der Reichskanzler unter solchen Umständen das Recht herleitet, dem Reichstag auf die Frage nach

dem Stande der preussischen Wahlrechtsangelegenheit die Antwort zu verweigern, ist unverständlich.

Aber so wenig der Reichskanzler auch das Recht hat, so zu handeln, seine guten Gründe hat er doch dazu. Er schweigt über die preussische Wahlrechtsfrage genau aus demselben Grunde, aus dem man auf dem konservativen Parteitag darüber geschwiegen hat. Auch die Regierung will im Augenblick ihre Stellung nicht aufdecken, sondern in aller Stille rüsten und vorbereiten.

Mag das preussische Proletariat und die deutsche Arbeitererschaft außerhalb Preußens, die geschlossen hinter den preussischen Kameraden steht, die Zeichen der Zeit richtig deuten. Es wird ernst und man muß auf bedeutsame Entscheidungen gefaßt sein. Da heißt es wie drüben auch hüben **L a r m a c h e n z u m G e f e h r!**

Im Rheingold ließ auch der Breslauer Landtagsabgeordnete Stroffer sein bescheidenes Geflüsterlein leuchten und er benutzte die Gelegenheit, den Freisinn der „Breslauer Zeitung“ Richtung kräftig herauszukreischen, selbst auf Kosten der „konservativen“, „Tägl. Rundschau“ und der national-liberalen Presse. Herr Stroffer bligte also los:

Ich lenke Ihre Aufmerksamkeit auf die Wichtigkeit der konservativen Presse. Jeder wird in den weitesten Kreisen der Beamten und Offiziere noch die „Tägliche Rundschau“ gelesen, ein Blatt, das nach dem Neujahrsempfang der Generale beim Kaiser eine grobe Indiskretion beging. Die „Rundschau“ ist ein liberales Blatt. Bei den Freisinnigen müssen wir einen Unterschied machen zwischen der Freisinnigen Volkspartei und der Freisinnigen Vereinigung. Bei der Freisinnigen Volkspartei gibt es noch viele, die es in der Bekämpfung der Sozialdemokratie mit Eugen Richter halten. Fast noch schlimmer als die freisinnige Presse heßt die nationalliberale Presse gegen uns. Aber die Liberalen sollen doch endlich einsehen, daß gegen den gemeinsamen Feind, die Sozialdemokratie, ein gemeinsamer Kampf aller bürgerlichen Parteien notwendig ist.

Wir gönnen der Volkspartei den Ruhm, von dem Judenfeind und Reaktionsär Stroffer gelobt zu werden, der seinen hiteligen Landtagswahlkampf so hochnobel führte und jetzt von der „Täglichen Rundschau“ folgende Liebenswürdigkeiten ins Stammbuch erhält:

Dafür soll sie (die Opposition) aemakregel und bekräftigt werden, und das Zentrum will diese Rede nach Anführung der „Germania“ sogar im Reichstage nehmen, natürlich unter gebührender Unterstützung der Konservativen. Was solche Parteimachungen und Machwerke nützen, können die konservative Partei aus ihrer eigenen Geschichte lernen — und sind sie lebenslang gleichgültig. Bedauerlich aber finden wir es, daß Herr v. Heubrand, der sonst Abgewandte, nicht in seiner Partei seine Meinung durchzusetzen vermag, daß man die Freiheit in sich haben müsse, auch eine andere Meinung zu vertreten, die nicht immer ganz genau in das Schema paßt; denn die Stroffersche Meinung, durch Beschimpfungen, Verdrehungen, üble Nachrede, böse Nachrede, Boykott einen Gegner wenigstens zu schädigen, wenn man ihn nicht widerlegen kann, beweist einen Niedergang des Selbstgefühls der Partei, eine niedrige Einschätzung der eigenen Parteipresse, der anders nicht zu helfen ist, als durch gewalttätige Schädigung des Gegners, und ein Verzagen, im geistigen Kampfe bestehen zu können.

Beschimpfungen, Verdrehungen, üble Nachreden, Terrorismus — das waren die Epitheta, mit denen der schamlose Major bisher die Sozialdemokraten immer belegte: es hat nicht lange gedauert, da bekommt er alle diese Liebenswürdigkeiten von seinen eigenen Parteigängern an den Kopf geworfen. So vergeht die Herrlichkeit der konservativen Welt.

Politische Uebersicht.

Die Proklamierung des schwarzen Blocks.

Nach dem Reichstage wird uns geschrieben:

Der vierte Tag der Statedebatte brachte als interessantestes Ergebnis eine neue konservativ-reaktionäre Verbündungs-Kundgebung. Nicht bloß der abgesetzte badiische Kammerpräsident Fehrenbach, sondern auch der vor nicht allzulanger Zeit in offiziösen Waschzetteln als Erzfeind denunzierte Herr Erzberger proklamierte die Notwendigkeit eines Zusammengehens aller konservativen Parteien, wie Herr Fehrenbach ausdrücklich sagte. Rathenau und Agamemnon, Welfe und Schibboleth, Waffe und Junker liegen sich in den Armen. Die katholischen Sozialdemokraten aus dem Schwabenlande tauschen schmagende Küsse mit dem noch in rheingoldischer Stimmung begriffenen Edlen Gans zu Putlitz, dem Oberfusseldirektor und unmittelbaren Vorgesetzten des Herrn Kretz. Der Edle Gans zu Putlitz versuchte wieder einmal das alte aber leidlich abgebrauchte Kunststück, verletzten monarchische Gefühle zu martieren. Mit der Unberatenheit, die Junkern und Fuffeldirektoren eigen ist, schrie er nach einem kleinen Geschäftsordnungs-Sozialistengesetz. Dabei ist es noch keinem deutschen Sozialdemokratischen Abgeordneten eingefallen, in deutschen Parlamentsverhandlungen ein Hoch auf die Republik auszubringen, während der Ständes- und Bestimmungsgesetze der Gänse von Putlitz und jüngerer Jammerschauerlichen Quikwads, der freche französische Junker Baudry d'Assan, fast tagtäglich ohne jede Veranlassung mitten in die Verhandlungen der französischen Deputiertenkammer ein Hoch auf den König hineingröhrt — ohne daß irgend ein republikanischer Abgeordneter nach einer Zwangsjacke für den verrückten Junker ruft. Aber wir sind es von der jüngerlichen Unberatenheit ja gewöhnt, daß sie überall und

aller Orten für sich selbst in Anspruch nimmt, was sie anderen Leuten verbieten will. Daß es sich zum Ueberflus bei unseren Junkern garnicht einmal um echten Monarchismus handelt, wissen wir. Es handelt sich für sie nur darum, die Krone ihrer Ausbeutungslust dienstbar zu machen. Genosse Frank wies in seiner geklärten, an wichtigen und treffenden Wendungen reichen Rede dies so überzeugend nach, daß die Junker garnicht oder nur in unzufriedensten Lauten zu antworten wagten. Das Zentrum — er kam in der Rede unseres Genossen nicht zu kurz. Wie Frank der Edlen Gans abgefertigt, so fertigte er auch Herrn Gröber ab. Genosse Frank brauchte Herrn Gröber nicht zu übergröbern. Er konnte Tatsachen sprechen lassen. Vor zwei Jahren ist die Entrüstungsaktion des Zentrums über liberal-sozialdemokratische Wahlbündnisse vorausahnend als Heuchelei gekennzeichnet worden — von Herrn Gröber, der damals sehr beachtenswerte Darlegungen über die Stichwahlbündnisse zwischen Zentrum und Sozialdemokratie machte. Zugewachsen freilich ist das Zentrum hoffähig geworden und trieft von einem Byzantinismus, der noch übler riecht, als die Königsstreu der Rheingoldbittler. Die Gröber und die Gänse veranstalten jetzt ein Weltbauchkrutschen um die Gunst der deutschen Landesväter. Viel Glück dazu! Das Volk weiß, was es von diesen alt- und neugeborenen Prolet-Patrioten und Fuffel-Monarchisten zu halten hat. Die Heuchelei der Zentrumsredner ist so plump, daß sie selbst einem Müller-Weintingen billige Triumphe ermöglichte. — Aus dem Endstadium der Verhandlungen sei noch erwähnt, daß Staatssekretär v. Schön, ein paar ebenso scharfe wie herbstliche Worte gegen gemeingefährliche chaotische Heuchelei in der „Täglichen Rundschau“ fand. In einer persönlichen Bemerkung sagte Genosse Scheidemann noch den Rednern des schwarzen Blocks ein paar derbe Wahrheiten.

Am Dienstag stehen der Nachtragsetat und die Interpellationen über den Zwangsarbeitsnachweis der Verahren auf der Tagesordnung.

Die Budgetkommission des Reichstages

hielt Montag ihre erste Sitzung ab und verteilte über den Nachtragsetat. Die geforderten 2 Millionen — zur Unterstützung der Tabakarbeiter wurden auf 2 1/2 Millionen — erhöht. Nach Mitteilung des Staatssekretärs Vermuth wurden verausgabt: bis Ende November insgesamt 1.228.624 Mk., davon entfielen auf Preußen 825.000 Mk., auf Baden 190.000 Mk., auf Sachsen 90.000 Mk., auf Hamburg 44.000 Mk., auf Welfen 26.000 Mk. und auf Bayern 21.000 Mk. Unterstützungsgesuche waren eingegangen: bis Ende Oktober insgesamt 34.000, davon allein 12.900 auf Westfalen.

Der Nachtragsetat wurde erledigt. Ferner wurde eine Resolution Erzberger angenommen, den Bundesrat zu ersuchen, Anordnungen zu treffen, durch welche die im § 19 des Tabakneuergesetzes vorgeschriebene Beglaubigung ausländischer Rechnungen gebührenfrei erfolgt.

Alldeutsche Verlogenheit.

Die alldeutsche antisemitische „Tägliche Rundschau“ hatte in ihrer Ausgabe vom Sonnabend geschrieben:

„Nachdem heute (Sonnabend) während der Statedebatte der Abgeordnete Liebermann v. Sonnenberg einen scharfen Angriff gegen das Auswärtige Amt gerichtet hatte, weil es die deutschen Vergewaltigungen in Marokko preisgibt, antwortete der Staatssekretär v. Schön ausweichend und ohne auf die angeführten Tatsachen einzugehen. Alsdann aber schickte er den Wirklichen Legationsrat Dr. v. Griesinger in die Disfomatologie hinauf, wo der französische Vizekonsul Baron Vercheval seit einigen Tagen inabigen Aufenthalt genommen hat, und ließ ihn fragen, ob er noch weitere Erklärungen wünsche. Da der Vertreter der französischen Volkspartei mit den Ausführungen des deutschen Staatssekretärs durchaus zufrieden war, erbrachte sich ein weiteres Auftreten.“

Ueber den Zweck dieser Notiz konnte ein Zweifel nicht obwalten, die Alldeutschen sind mit dem Staatssekretär v. Schön nicht zufrieden, er ist ihnen nicht „weitpolitisch“ genug. Wenn es nach ihnen ginge, dann müßte die erste Faust in Bewegung gesetzt werden, um die Privatinteressen der Gebrüder Mannesmann zu schützen, die in Marokko eine Vergewaltigung besitzen, deren Rechtsmäßigkeit von französischer Seite bestritten wird. Die Notiz der „Täglichen Rundschau“ ist aber von Anfang bis zu Ende erledigt. Schon am Sonntag brachte die „Kölnische Zeitung“ eine offizielle Meldung des Inhalts:

Nicht in der Meldung der „K. Z.“ nur, daß zwischen dem Vertreter der französischen Volkspartei und dem Staatssekretär kurz verhandelt worden ist. Dabei kam aber nicht eher der im Reichstag zur Vernehmung stehenden Gegenstände in Frage, sondern eine ganz andere Angelegenheit, die beiläufig auf Karte Beauu gehabt haben dürfte. Der Gedanke, daß der deutsche Staatssekretär sich von einem fremden Volksparteier aus der Diplomatentribüne des Reichstages Instruktionen holen lasse, ist so abgeschmackt und würdelos, daß man schwer versteht, wie er überhaupt entstehen konnte.

Zu allem Ueberflus stellt nun noch die „Norddeutsche Allgemeine Zeitung“ an der Spitze ihrer Ausgabe vom Montag mit:

„Fehiere. Väter... einen Instruktion... und dem Reichstag von besonderer Seite“, worin behauptet wird, der Staatssekretär des Auswärtigen Amtes v. Schön habe nach seiner Zurückkunft auf die Ausführungen des Abgeordneten Liebermann v. Sonnenberg über die Vergewaltigung in Marokko ein im Reichstag an

Im Namen der Menschheit! Als der Amerikaner George Kennan in den 90er Jahren des vorigen Jahrhunderts die Kreuz in den russischen Gefängnissen und Verbannungsstätten aufbaute, ging ein Sturm der Entrüstung durch die gesamte zivilisierte Welt, der die russische Regierung zwang, die ärgsten Mißstände abzuheben. Seitdem ist die öffentliche Meinung der bürgerlichen Klassen Europas, namentlich nach den Revolutionsjahren in Russland, merklich dumpf geworden. Sie findet zwar Worte der Empörung für die Fälligkeit eines bürgerlichen Aufstehens in Spanien, für die Kreuz auf der Festung Montjuich, aber für die blutige Genremertigkeit in Russland, für die fortwährenden Kreuz in den Kartenspielen des Jaren findet sie, einzelne Fälle ausgenommen, kein Wort der Empörung und best in durch ihr verdrehtes Schwelgen die blutigen Taten des Genremertigen, der als Gefühlsführer der europäischen Börse die kapitalistische „Ordnung“ gegen den „Umsturz“ verteidigt.

Die einzigen, die den Opfern des Jarentums ihr Mitgefühl und ihre Hilfe wollen, sind die Arbeiter und diejenigen Elemente des Bürgertums, bei denen die Menschlichkeit von dem Klassenegoismus und der Revolutionsfurcht nicht völlig überwunden ist. Ihren Protest zu schärfen, ihren Joren und Angrimen zu entsäubern, ist die Sache aller, die sich eins fühlen mit den Opfern, die in den Gefängnissen des Jaren zu Tode gemartert werden. Wir haben schon mehrfach die Zustände in den Gefängnissen und Verbannungsstätten an der Hand amtlichen Materials eingehend beleuchtet und, so weit sie in die Öffentlichkeit drangen, geschildert. Wir haben namentlich auf die Kreuz in den „Katorga“-Gefängnissen hingewiesen, deren Inhaftenzahl sich in den letzten zwei Jahren allein verdoppelt hat (laut amtlichem Bericht befanden sich zum 1. Januar 1908 12,000 Gefangene in den Katorga-Gefängnissen, zu denen im Laufe des Jahres 5174 hinzukamen: die Zahl der in diesem Jahre zu „Katorga“ Verurteilten dürfte diese Zahl noch übersteigen). Aber die Nachrichten, die jetzt in die Öffentlichkeit dringen, übersteigen an Grausamkeit alles, was bisher bekannt war. Folgender Brief eines Genossen aus der Schlüsselburger Festung zeigt dies zur Genüge:

Das Regime in der Festung war in der Tat entsetzlich. Der Direktor Simberg begünstigte jede neu eintreffende Abteilung mit Drehungen und Wendungen, die für sie zu machen. Nur die Wachen der Zewa, — so heißen buchstäblich seine Wachen — werden erfahren, was ich mit euch tun werde! Er begünstigt nicht, daß er die Aufseher gegen die Gefangenen hegte, sondern trug auch in die Reihen der letzteren Freigeistlichkeit und Feindschaft hinein. Mit Hilfe einiger Subjekte organisierte er eine Art Geheimpolizei und förderte die Demagogik, indem er dies durch verschiedene Konzessionen belohnte. Unter der Flagge „nationalistischer Arbeiter“ zwang er die Gefangenen, Kohlen aus den Baracken zu schleppen, die Müllgruben und die Klosetts der Aufseher zu reinigen, alles natürlich ohne Bezahlung. Aber alle diese Mißregeln Simbergs ähmten niemand, sondern entsetzten im Gegenteil den Haß gegen ihn und das ganze Gefängnisregime. Fast die Hälfte aller Gefangenen saßen auf seinem Befehl im Karzer, einige 5 oder 6 Mal einzelne 60 bis 70 Tage ununterbrochen. In den beständigsten Protestanten gehörten N. Simonenko und K. Konup, die wegen des Schußwaffen Aufstandes verurteilt waren (während eines Zusammenstoßes mit den Aufsehern, stießen ihnen die letzteren den Mund mit Messern in den Hals und ließen sie so, an Händen und Füßen gefesselt, einige Stunden liegen — das ist eine beweisbare Tatsache!).

Es ist bei diesen Bedingungen nicht erstaunlich, daß ein hoher Prozentsatz der Gefangenen an Scharlach, Lungenschwindsucht und Neurosen erkrankte. In einem Jahr starben im Spital 7 und wurden wöchentlich 4 Gefangene! Simberg befehlt recht: von allen seinen Taten wußten nur die Wachen der Zewa.

Der Briefschreiber schildert weiter, welche Kreuz sich im Frühling d. J. auf Befehl des Stellvertreters Simbergs, des Fürsten Jwan Guramoff, in Schlüsselburg abspielten. Fast alle Gefangenen wurden in die Karzer geschleppt, wo sie länger als einen Monat saßen. Die Oelen wurden dabei so stark gehetzt, daß die Gefangenen nicht, nur mit den Füßen an den Böden, in den Jellen liegen mußten. Die allgemeine Spannung im Gefängnis hätte zu einer furchtbaren Katastrophe geführt, wenn die Gefangenen nicht infolge des Umbaus des Gefängnisses nach Wolodga und den sibirischen Katorgagefängnissen transportiert worden wären. „Die Schlüsselburger Festung — so heißt der Brief — wird gegenwärtig umgebaut und für 1000 Gefangene in Stand gesetzt. Ihre Simberg und Genossen steht eine reiche Beute bevor!“

Die Reaktion des sozialdemokratischen Arbeiterplatzes „Pravda“, dem wir den obenstehenden Brief entnehmen, schreibt hierzu folgendes:

Schlüsselburg steht nicht allein. Viele solcher Gefängnisse sind in der großen Niederung zerstreut, die sich Russland nennt. In unseren Händen befinden sich nicht minder erschütternde Korrespondenzen aus Wolodga, Alexandrowsk, Odesa, Saratow und Chitomir. Fast jeder Tag bringt neue Tatsachen. Dies alles sind bloß einzelne Kapitel aus dem Berichte, wie die Steiger rasch nehmen an den Befestigten von 1905.

Es ist unmöglich zu schweigen und die Hände in den Schoß zu legen! Alles was möglich ist, muß getan werden, um das Schicksal der Gefangenen moralisch und materiell zu erleichtern. Und vor allem ist es notwendig, daß die Volksmassen die Gemeinheiten und Schwächen kennen sollen, die die im Kampf der Reaktion wahnhaftig gewordenen Genremertigen des Jaren unter der Leitung Stolypins verüben.

Wieder einmal eine Verurteilung gegen das Leben des Jaren? Bei den in Petersburg von der Polizei in großer Zahl vorgenommenen Verhaftungen wurde eine umfassende Verurteilung gegen das Leben des Jaren entwirrt. Unter den Verhafteten befinden sich ein Universitäts-Professor, ein Chef-Redakteur, zwei Advokaten, zwei Frauen und außerdem 20 Universitätslehrer des Professors.

Diese Meldung klingt etwas sehr phantastisch.

Die Russen räumen Verluste. Die aus Petersburg amtlich gemeldet wird, ist der größte Teil der russischen Truppen am Ardebziel abgerufen worden. Warum nicht auch der kleinste Teil? In ihnen haben die Russen dort gar nichts mehr.

Aus Frankreich. In der Beratung der Altersversicherungsvorlage hat der Senat den Antrag auf Einbeziehung der Kleinbauern und Pächter in die Versicherung mit 141 gegen 187 Stimmen abgelehnt. Bei der kleinen Mehrheit wird der Antragsteller Cobet in zweiter Lesung seinen Antrag erneuern. Unsere Genossen treten selbstverständlich dafür ein.

Eine Riesen-Ferrer-Demonstration land, wie unter Pariser Korrespondenz und vom 11. Dezember schreibt, am Freitag Abend im „Volks-Vorg-Dall“ statt. Über 6000 Menschen fanden im Saal und draußen hartes Hunderte, die keinen Einfluß mehr finden konnten. Solodan Villafraña, die tapfere Mitternachts- und Lebensfreundin Ferrers, führte den Ehrenworts. Die Reden, die sie in der letzten Zeit durchgemacht hat, sind auf ihrem langen energiegelassen Gesicht tief eingegraben. In einer unvergleichlichen Weise begreute ihr die Versammlung die tiefe Sympathie. Gebetsworte herrschte, als sie in kurzen einfachen Worten dem Volk von Paris dankte für seine gewaltigen Demonstrationen anlässlich der Dürstung Ferrers und als sie an die vielen Anderen erinnerte, die in den spanischen Gefängnissen schmachten und bereit werden müssen. Als sie den letzten Satz ihrer Begrüßung vorwegzunehmen noch ganz leise antworten konnte, da jubelten ihr Tausende mitunterlang zu. „Dort ab“, rief Jemand — und schickte sich wieder abzuwenden unter den Rufen: „Es lebe Ferrer“, es lebe die Freiheit!“ Eine ganze Anzahl von Rednern, u. a. der frühere Parteiführer der C. G. T. Griffuelhes, die Abgeordneten Genossen

Gombal und Allemans saßen noch einmal vor. Die politische Anarchisten versuchten zum Schluß die Wirkung der Demonstration dadurch zu erhöhen, daß sie wieder mit dem Parliamentsgebäude! Jrien und einen ihrer Redner auf die Tribüne drängten.

Eine Gewerkschaft der dramatischen Künstler: Schauspielers und Schauspieler, hat sich in Paris gebildet. Der Verband, der in enger Verbindung mit dem Verband der Theaterarbeiter steht und sich in der Arbeitsbedingung verammelt, erstreckt eine Reihe wichtiger Reformen im Theaterwesen: Änderung des Lantienwesens, Befreiung der Verpachtung an Direktoren, für die Schauspielers Ruhestage, Abschaffung der Geldstrafen, der Stellennachweil: usw.

Kämpfe an der Eisenbahnlinie. Im französischen Kolonialministerium sind Meldungen aus Westafrika eingetroffen, welche über verschiedene Kämpfe an der Eisenbahnlinie berichten, wobei 8 schwarze Soldaten getötet und 24 verwundet wurden; auch ein Europäer befindet sich unter den Verwundeten. Bei der Einnahme der Ortschaft Buzi wurde 1 Leutnant und 1 Soldat getötet und 14 eingeborene Soldaten verwundet. Es gelang aber, die eingeborenen Soldaten, die ihr Vaterland verteidigen, zu entwaffnen.

Ein hochpolitischer Prozeß. Die Verleumdungsfrage, die von den kroatischen Abgeordneten gegen den Geschichtswissenschaftler Friedrich von Wiener Schwanergerich anhängig gemacht worden ist, hing mit dem Wirren, die aus der Anzertion Bosnien hervorgegangen, eng zusammen. Als damals das ganze Slaventum gegen Österreich erregt war und die serbischen Staaten mit Krieg drohten, veröffentlichte Friedrich von Wiener Schwanergerich einen Artikel des Inhalts, daß die serbische Regierung einen Aufruf in kroatischen Slavonien angeteilt wolle und sich dazu kroatischer Landtagsabgeordneter bediene, die sich ihr verknüpft hätten. Er nannte nur den einen: Franz Supilo, und erklärte auf Verlangen, er werde weitere Namen nur vor Gericht nennen. Daher haben sämtliche der serbisch-kroatischen Koalition angehörigen Abgeordneten, Sinsja Mann, Klage erhoben. Gleichzeitig wird eine von Supilo und zwei anderen gegen den Redakteur der „Kroatischen Reichszeitung“ erhobene Klage auf Grund ähnlicher Beschuldigungen verhandelt. Wenn Tage sind für die Verhandlungen in Aussicht genommen.

In der fortgesetzten Verhandlung des Prozeßes Friedrich von Wiener Schwanergerich wegen Verleumdung angeklagt, sagte der als Zeuge vernommene Staatsanwaltschaftler a. D. Friedrich Schumacher unter Eid aus, daß während seiner eigenen Dienstreise als Korrespondent bei der politischen Behörde der Jyt als größterlicher Agitator auftretende kroatische Abgeordnete Supilo eine Serbien feindliche Haltung bezeugt habe. Supilo habe damals mit Rücksicht auf diese politische Haltung zwei hundert Kronen von privater österreichischer Seite erhalten. Seines Wissens habe Supilo auch von einem Vertrauen des Ministers Kallay Geld angenommen. Supilo erklärte unter Ehrenwort, er habe in seinem ganzen Leben von niemandem einen Kreuzer weder für seine eigene Politik noch für deren Verberung angenommen. Der Prozeß forderte darauf den Zeugen Schumacher auf, die Person zu nennen, von der Supilo Geld erhalten habe. (Große Bewegung.) Auf Verfragen erklärte Schumacher, eine Personenverweigerung sei absolut ausgeschlossen, er habe selbst das Geld gegeben. Der darauf vernommene Zeuge Prosta, Chefredakteur des „Agrarischen Blattes“ „Ustavost“, sagt aus, er habe von dem ehemaligen Gouverneur von Kroatien, Labislav Sapary, erfahren, daß Supilo sich stets bei Sapary Willens für seine politische Arbeit einzusetzen und hierfür jedesmal zehn Kronen erhalten habe. Supilo erklärte, er habe mit Sapary niemals gesprochen. — Darauf verstummte der wackere Supilo.

Und der türkischen Kammer. Nach kurzer Unterbrechung wurde am Sonnabend Nachmittag die Sitzung in der türkischen Deputiertenkammer wieder aufgenommen, welche infolge des zu großen Unmutes unterbrochen werden mußte. (Stärke gestrige Kammer.) Finanzminister D. Sabit vertrat den Standpunkt der Regierung bei der Angelegenheit der Jynk-Kongession. Er wurde mehrfach durch Zurufe unterbrochen. Da der Ministerpräsident nochmals den Standpunkt der Regierung dahin präziserte, daß er bei der Annahme des Gesetzes über die Kongessionserteilung unverändert bleiben werde, schreit alles so laut durcheinander, daß der Präsident Ahmed Rıza, der während der ganzen Sitzung fortgesetzt zur Ruhe mahnte, schließlich die Verjagung bis Montag ausspricht. Man glaubt, daß es am Montag zu einer Verhandlung kommen wird und das Kabinett Dilmil seine Demission darstellt.

Nach einer Meldung der „Agence Havas“ aus Konstantinopel hat die Kammer am Montag mit 168 gegen 8 Stimmen der Regierung ein Vertrauensvotum erteilt.

Ein weiteres Etappe der Cap-Kairo-Bahn ist fertig. Das Verbindungsglied zwischen der britischen und der Kongolese der Eisenbahnlinie vom Cap bis Kairo ist am Sonntag in Gegenwart von Vertretern Englands und Belgiens feierlich eröffnet worden.

Partei-Angelegenheiten.

Beihaupten der Mansfelder Ausgesperrten. Der Parteivorstand schreibt uns:

Der Vorstand des sozialdemokratischen Vereins für den Wahlkreis Mansfeld wendet sich in einem Aufruf an die Genossen und bittet um Geldbeiträge für eine Beihauptungsunterstützung der Mansfelder Ausgesperrten. Dieser Aufruf ist dem Parteivorstand leider erst nach seiner Veröffentlichung in der Presse zur Kenntnis gekommen. Der Partei-Vorstand hält angesichts der Krise Sammlungen für die Mansfelder Genossen nicht für angebracht und hat bereits beschlossen, aus allgemeinen Parteimitteilm zu daß der Aufruf dadurch gegenstandslos wird.

Kommunalwahlen. Bei den Stadtverordneten-Wahlwahlen in Guben wurden drei Sozialdemokraten gewählt. Die Stimmengewinnung gegen die Sozialdemokraten betrug 200.

In Radeburg, einer Zentrumsdominanz, gelang es mittels der Proporzionalwahl, neben vier Zentrumskandidaten einen Liberalen und einen Sozialdemokraten in den Gemeinderat zu wählen.

In Ritt wurden bei einer Wahlbeteiligung von 90 Prozent zwei Sozialdemokraten und ein Bürgerlicher gewählt. In Pottung wurde neben drei Bürgerlichen ein Sozialdemokrat gewählt.

In Bödingen siegte der Jettel des Sozialdemokratischen Vereins, auf dem drei Sozialdemokraten und ein Bürgerlicher standen, mit großer Mehrheit.

In Lindach bei G. Mühl hat die Sozialdemokratie sich zum ersten Male an der Gemeinderatswahl beteiligt. Sie gab einen Jettel aus, auf dem neben einem Sozialdemokraten drei bürgerliche Kandidaten standen. Dieser Jettel siegte glänzend mit 108 bis 63 Stimmen, während die Gegenkandidaten nur 25 bis 15 Stimmen erhielten.

In Steina a. H. gelang es, ohne Abkommen mit anderen Parteigruppen den ersten Sozialdemokraten in den Gemeinderat einzulassen.

In Pottung war ein Abkommen zwischen Sozialdemokratie, Volkspartei und Liberalen abgeschlossen worden. Gemählt wurden zwei Sozialdemokraten, ein Liberaler, ein Nationalliberaler und ein Sozialdemokrat.

In Neudorf a. H. siegte bei der Stadtverordnetenwahl in der dritten Abteilung Genosse M. Begold mit 222 Stimmen über den gegenüberliegenden Kandidaten, der 179 Stimmen auf sich vereinte.

aus Baden. In Offenbach in Baden fand am Sonntag den 12. Dezember, eine außerordentliche Konferenz der Vertrauensmänner der 14 Reichstagsabgeordneten, sowie der Mitglieder der badischen Parteipresse statt. Es wurde beschlossen, den badischen Parteitag, der gewöhnlich im Februar oder März abgehalten wird, auf den letzten Sonntag im August zu verlegen. Weiter wurde beschlossen, daß die Mitgliedschaften, die noch nicht 40 Pf. Monatsbeitrag erheben, dies ab 1. Januar 1910 zu tun haben. Ferner wurde die Schaffung eines Wahlkreises beschlossen, und zwar sollen pro Mitglied und Vierteljahr 20 Pf. erhoben werden. Dann wurde dem Vertrauensmännern angegegeben, in den Wahlkreisen Komitees zu bilden, die aus Vertretern der Partei und Gewerkschaften bestehen und die Unterstützung der wegen der Parteiführer zu leisten haben.

Am internationalen Kongress in Kopenhagen wurde für Baden der Parteitagabgeordnete Pöhl gewählt. Endlich wurde der Parteivorstand beauftragt, eine Resolution des Kommunalwahlprogramms der badischen Sozialdemokratie vorzunehmen.

Arbeiterbewegung.

Die Jastfelle eines Verbandes wieder einmal als politischer Verein erklärt. In Thorn wurde der Vorsitzende der Jastfelle des Jastverbandes zu 15 Mk. Geldstrafe verurteilt, weil er es unterlassen hatte, ein Verzeichnis der Vorstandsmitglieder anzugeben. Unter dem alten Vereinsgesetz war in einer Verammlung auf die Reichstagswahl hingewiesen worden, auch sollte Politik in den Verammlungen getrieben werden sein. Auf Grund veralteter Polizeiverordnungen, die von überwachenden Beamten damals angenommen worden waren, leitete die Thorer Polizei, sowie auch später das Landgericht Thorn her, daß der Jastverband des Jastverbandes noch heute Politik treibe und die Vorstandsmitglieder daher arbeitspflichtig seien. Jetzt hat nun wieder Erwarten das Oberlandesgericht zu Warschau erachtet, daß die Jastfelle des Jastverbandes ein politischer Verein ist, weil auf Grund veralteter Verordnungen, zu schlußfolgern ist, daß nach wie vor Politik getrieben wird.

Dies ist nun schon der zweite Fall, daß im Osten Jastfellen der Gewerkschaften für politische Vereine erklärt werden. Einmal war es die Jastfelle der Glasarbeiter in Grotzenhütte, wo das Statut des Verbandes als Unterlage diente. Weit darin steht, daß der Verband danach strebt, daß die gesetzlichen Geschäften im Arbeitsbereichsamt eingehalten werden, erfolge die Verurteilung.

Diese Auslegung des Koalitionsrechtes macht nicht nur der dienstbestimmten Thorer Polizei, sondern auch den korrekten Richtern Ehre, sondern es wird dadurch auch die Freiheit des „liberalen“ Reichsvereinsgesetzes treffend illustriert.

Die Jigarettenfabrikanten und die Heimindustrie. In Dresden wurde eine Verammlung der Jigarettenfabrikanten, die Heimarbeiter beschäftigen. Den Gegenstand der Beratungen bildeten die in der letzten Zeit verschiedentlich veröffentlichten Gewerkschaften über die Regelung der Heimarbeit. Im Anschluß hieran wurde über die von der Jigarettenindustrie, sowie der Braunschweiger Konsumindustrie eingerichtete Selbstkontrolle der Heimarbeit berichtet. Diese besteht darin, daß die von dem einzelnen Betriebe beschäftigten Heimarbeiter von hieraus besonders engagierten Beamten und Beamten beaufsichtigt werden, um auf diese Weise eine richtige und faire Behandlung des Heimarbeiter und der Fabrikate zu gewährleisten. Diese durch die Industrie vorgenommene Selbstkontrolle der Heimarbeit wurde als eine zur weiteren Durchführung der g-lamien Hausindustrie sehr empfehlenswerte Maßregel begrüßt und der Wunsch ausgesprochen, daß diese zunächst nur in kleineren Kreisen durchgeführt werden möchte. Es wurde beschlossen, diese Anordnungen dem Gesamtverband der Jigarettenfabrikanten zur Beachtung und eventuellen weiteren Verfolgung zu übergeben.

Damit könnte vielleicht den großen gesundheitslichen Auswüchsen, die die Heimarbeiter-Fabrikate für die Konsumenten haben, in etwas beigekommen werden, sonst aber nur solche private Kontrolle, namentlich von den Unternehmern angelegt, zur Befreiung der zahlreichen Mißstände in der Heimindustrie in ihrer Wirkung verlagern.

Arbeitslosenversicherung. In der Sonntag in Ludwigshafen durch das freie Gewerkschaftsamt vorgenommenen Arbeitslosenversicherung wurden 508 Arbeitslose und 360 Personen mit beschänkter Arbeitskraft gewählt. Die Stadtverwaltung hat zu den Kosten der Arbeitslosenversicherung einen Beitrag von 150 Mk. geleistet. Ludwigshafen ist eine reine Arbeiterstadt und zählt über 60.000 Einwohner. Beginn der heiligen Tarifverhandlungen in: Baugewerbe. Wie bereits berichtet, fanden am 11. und 12. November in Berlin Tarifverhandlungen für das Baugewerbe zwischen den zentralen Instanzen der Arbeiter- und der Arbeitgeberorganisationen statt, die aber infolge der außerordentlich weitgehenden Forderungen des Deutschen Arbeitgeber-Verbandes für das Baugewerbe an keiner Verständigung über irgend eine der wichtigsten Bestimmungen führten. Schließlich wurde die Verhandlung auf unbestimmte Zeit verlagert. Inzwischen sollten aber die örtlichen Organisationen die Verhandlung beginnen. Während die zentralen Instanzen über das sogenannte Vertragsmuster Beratungen pflegen — das sind die Bestimmungen, die für alle Vertragsgebiete Geltung haben sollen — fällt den örtlichen Instanzen die Aufgabe zu, für das besondere Gebiet Vertragsmuster vorzubereiten über: Geltungsbereich des Vertrages; Dauer der Arbeitszeit und Arbeitszeit-Einteilung; Beginn und Ende der Überstunden, der Nacht- und Sonntagsarbeit und die hier für geltenden Lohnzuschläge; ferner über Arbeitslohn; Lohnzahlungstag und Lohnzahlungsperiode; Auflösung des Arbeitsverhältnisses; Bestimmungen über die Zusammenrechnung zweier Instanzen zur Schlichtung von Streitigkeiten, und anderes mehr.

Für das Berliner Vertragsgebiet haben bereits am 9. und 10. Dezember die Verhandlungen begonnen. Die Rauer und Demobilisarbeiter verhandeln am ersten Tage und die Zimmerer am dem darauf folgenden. Ein einigermaßen befriedigendes Resultat konnte auch hier nicht erzielt werden. Die heiligen Verhandlungen werden nun in allen Teilen des Reiches einsetzen und bis zur nächsten zentralen Verhandlung fortgesetzt werden.

Parteiorganen und Genossinnen!

Kattier unangekündigt für die Parteiorganisation, den sozialdemokratischen Verein. In Dresden geboren 22.000 Arbeiter und Arbeiterinnen den Gewerkschaften an, aber nur 7000 dem sozialdemokratischen Verein. Gewerkschaften und Partei sollen eine sein. Noch sind wir weit davon entfernt, Sorgen wir dafür, daß die Ueberzeugung von der unbedingten Notwendigkeit der politischen Organisation immer mehr an sich greift.

Einem in die Parteiorganisation!

Genossinnen arbeiten: Richard Schickel — Redaktionen und Verlagen: Hans Gumbel 14. — Verlag im Osten: G. G. — Druck von H. Gumbel G. u. G. — Berlin in Berlin. — Georg J. Verlag.

Für die Inserate übernimmt die Redaktion nur die rechtliche Verantwortung.

Samson & Cie., Dönhofsplatz 21.
Photogr. Atelier für mal., architek. Aufnahmen u. Vergleichenungen nach jedem, auch dem schlechtesten Bild an billigen Preisen unter vollster Garantie für alle übernommenen Arbeiten. 2500
13 Visiten von Mk. 1.50 an, und von Mk. 2.50 an
Cabinet 4.50 Postkarte 9.00
Wahlmanuskripten erhalten recht fröhlich!
Abende und bei schlechtem Tageslicht elektrische Lichter
von guten Tageslichtmaschinen nicht zu unterscheiden und Gumbel

Breslauer Nachrichten.

Breslau, den 14. Dezember.

Geschichtskalender.

15. Dezember.

1804 Der Bildhauer Ernst Rietschel.

Was am Fleisch verdient wird.

Man hat sich leider in Konsumentkreisen daran gewöhnt, das Steigen der Fleischpreise als etwas Unabänderliches hinzunehmen. Und wenn von Zeit zu Zeit auf die enormen Gewinne hingewiesen wird, die der Fleischhandel abwirft, so sind es vorzugsweise die Schlächter, die in ihren Organen ein arges Lamento über den Niedergang ihres Geschäftes anstimmen. Dem Konsumenten ist es schwer, dem Fleischer seinen Verdienst nachzurechnen. Gelegentlich ist es aber doch möglich, einmal einen Blick in den Profitkasten der Schlächter zu werfen. Und da kommt man denn gar bald zu der Ueberzeugung, daß es auch heute noch dem Schlächter nicht schlecht geht. So hat kürzlich eine Firma für die von der Intendantur des Gardekorps in Berlin im Wege der Submision ausgeschriebene Lieferung von 619.900 Pfund Rind-, Kalb- und Hammelfleisch die Summe von 344.631 Mark gefordert. Das bedeutet für das Pfund einen Preis von 55 Pfg. Es ist ausgeschlossen, daß der Konsument für dieses Geld irgendein Fleisch bekommt, es sei denn von der Freibank. Der Händler, der die Lieferung übernommen, will aber auch noch daran verdienen, und wenn es auch nur Pfennige auf das Pfund sind. Nimmt man nun bei ganz vorsichtiger Berechnung an, daß an dem Jahresvertrieb einer Fleischmenge von rund 620.000 Pfund sich 15 Kleinschlächter beteiligen müssen (pro Tag und Schlächter ein Umsatz von circa 115 Pfund diverses Fleisch), und rechnet man, daß jeder dieser kleineren Schlächter im Einkauf den Preis zahlen muß, den der Speereslieferant im Verkauf erhält, so läßt sich nach dieser Aufstellung schnell berechnen, was so ein Kleinschlächter, der das Pfund für 90—110 Pfg. verkauft, und in Industriegebieten noch mehr nimmt, an Jahresverdienst hat. Bedenkt man ferner, daß das Fleisch, ehe es vom Produzenten in die Küche des Konsumenten gelangt, durch nicht weniger als sechs Hände geht — nämlich Züchter (Produzent), Händler, Großhändler, Kommissionär, Großschlächter, Eyschlächter — und daß selbstverständlich an jeder dieser Hände Silber oder Gold kleben bleibt, so kann man erst ermessen, welche ungeheuren Zwischenverdienste der kleine Konsument mitbezahlen muß. Anders, ganz anders wird es erst werden, wenn auch hier auf diesem wichtigsten Nahrungsmittelgebiete sich der Konsum organisiert. Anfängliche Fehlschläge dürfen von immer neuen Versuchen nicht abschrecken. Erst durch genossenschaftliche Viehproduktion, sowie durch den unmittelbaren Verbrauch dieser Produktion seitens der Konsumenten mit Ausschaltung jeglichen Zwischenhandels wird es möglich sein, die Preisgewinne des Fleischhandels in die Taschen des Konsumenten zurückzuführen. Es dahin ist zwar noch ein weiter Weg, aber man sollte meinen, daß die Notwendigkeit, diesen einzig zur Rettung führenden Weg zu beschreiten, schneller einzusehen wird, als es in Wirklichkeit geschieht.

Kasernierte oder freie Prostitution?

Die Bordellfrage ist, was für viele Breslauer nach den öffentlichen Erörterungen der letzten Zeit von Interesse sein dürfte, in Bayern durch den Stadtmagistrat Würzburg in Fluß gebracht worden. Dort hat die Sache ebenfalls in den letzten Monaten zu lebhaften Auseinander-

setzungen in der Öffentlichkeit geführt, sodaß sich der Magistrat gezwungen sah, Maßnahmen zu schärferer Abschließung oder gänzlicher Beseitigung der Bordelle zu erwägen, um den erhobenen Klagen abzuhelfen. Das bishöfliche Ordinariat, die Geistlichkeit des Sprengels, die Beherrschhaft, die Nachbarn vereinigten sich in dem Rufe nach gänzlicher Aufhebung. Die Bordelle befinden sich nämlich sämtlich, neben anderen Häusern, in der hinteren Fischergasse; das Leben und Treiben, das mit ihnen zusammenhängt, hatte zahlreiche Beschwerden über nächtliche Ruhestörungen, Gefährdung der Sittlichkeit usw. zur Folge. Vom magistratischen rechtskundigen Referenten war vorgeschlagen worden, die Fischergasse zu einer Art Bordellgasse zu gestalten; die Besitzer sollten gezwungen werden, die Privathäuser zu erwerben, die Straße sollte nach der Stadt zu durch ein mit Polizeiposten zu besetzendes Tor abgeschlossen werden und nachs nur von der Mainseite her zugänglich sein. In seiner letzten Sitzung befaßte sich der Magistrat mit der Sache; der Vorschlag des Referenten wurde nach langen Auseinandersetzungen verworfen, ein Antrag auf prinzipielle Duldung der Bordelle jedoch mit allen gegen vier Stimmen angenommen. Dagegen wurde die Fischergasse als Platz für die Bordelle nicht für geeignet erklärt und beschlossen, diese am 1. April 1910 zu schließen. Das Ministerium ist ersucht worden, sich in einer Entscheidung über die Bordellfrage überhaupt prinzipiell zu äußern.

Die Verhandlungen des Stadtmagistrats Würzburg haben, ebenso wie der Vortrag Dr. Goldschmidts, wieder gezeigt, wie ohnmächtig unsere öffentlichen Gewalten gegen die Prostitution sind. Das ist auch ganz natürlich. Die Prostitution ist ein sozialer Uebel, das mit der heutigen Gesellschaftsordnung untrennbar verbunden ist. Will man die unleugbaren Schäden der Prostitution beseitigen, so muß man das Uebel an der Wurzel packen und der Gesellschaftsordnung selbst zu Leibe gehen. Man beschränkt sich darauf, das Uebel zu verdecken, die Prostitution polizeilich zu reglementieren. So ist man in vielen Städten dazu gekommen, die Prostitution in Bordelle zu verweisen, ohne damit Nennenswertes zu erzielen. Das schon deshalb, weil die verbotene und verfolgte freie Prostitution neben der geduldeten Prostitution in den Bordellen lustig fortwuchert.

Die Existenz der Bordelle steht überdies mit dem Strafgesetz in Widerspruch. Ueber dem Bordellbesitzer schwebt jederzeit das Damoklesschwert des Kuppelei-Paragrafen. Die Polizei, die die Bordelle duldet, macht sich selbst der Kuppelei schuldig. Das ist in den 70er Jahren in einer Reihe von Gutachten anerkannt, die der Bundesrat von Universitäts- und Anwalts der Streitfrage einforderte, ob Hamburgs Bordellbetrieb unter das Strafgesetzbuch falle. Die Strafbarkeit wurde auch bei Gelegenheit der Beratung der ersten Ley Heinze im Jahre 1891 von Regierung und Reichstag anerkannt. Mit aus diesem Grunde wurde damals die von der Regierung erbetene Kasernierung der Prostitution abgelehnt.

Der Bordelle nur vom Standpunkt ihrer männlichen Mißbraucher betrachtet und zu ihrer Verteidigung vermeintliche Gründe der Hygiene anführt, übersteht die ständig wachsende Zahl von Sachverständigenstimmen, die die gesundheitlichen Gründe als nicht stichhaltig erklären, da in den Bordellen die Gefahr der Verbreitung von Geschlechtskrankheiten trotz der ärztlichen Kontrolle nicht weniger groß sei, als bei der freien Prostitution.

Ebenso unberechtigt ist das Vorschlagen von Rückfällen auf die Wahrung der Sittlichkeit. Diese ist durch die Bordelle genau so, vielleicht noch mehr gefährdet, als es angeblich durch die freie Prostitution der Fall ist. Jedenfalls ist die Gelegenheit zur Verlockung der mit falschen Moralbegriffen erzogenen Jugend, für die die jederseits bekannten Bordelle etwas geheimnisvoll Anziehendes haben, bedeutend größer. Die Sittlichkeit wird durch die Verbannung oder Kasernierung nicht geschützt, sondern die Ursachen, die zur Prostitution führen, werden durch sie verschleiert und die allergrößte Unsittlichkeit, die schamlose Ausbeutung des Glens, durch sie gefördert. Das weiße Sklaventum, das in abscheulicher Gestalt in den Bordellen sich offenbart, läßt sich dadurch nicht beseitigen noch verringern, daß man es behördlich sanktioniert und wieder die Bordelle zu Staatsinstitutionen, wie sie es im Mittelalter waren, macht. Fort mit den Bordellen und fort mit den strafgesetzlichen Reglementierungen!

Interessant wäre es, vom Reichsjustizamt zu erfahren, weshalb seit etwa zehn Jahren in wachsendem Maße die mit den Kuppelei-Paragrafen unvereinbare behördliche Duldung — man geht in dem Erfolge des Wortes Duldung durch Konzeptionierung nicht zu weit — strafrechtlich nicht verfolgt wird. Nicht minder wie in Bayern, grassiert das Bordell-Übelwesen seit etwa einem Jahrzehnt auch in anderen Bundesstaaten, nicht zuletzt in Preußen. Sind dem preussischen Justizministerium diese Zustände unbekannt? Weshalb bleiben Bordellinhaber, die durch die Ausbeutung des zur Schamlosigkeit verurteilten Glens freilich Wähler erster Klasse sind, straffrei, während Mütter dem Kuppelei-Paragrafen zum Opfer fallen, die ein uneheliches Schicksal ihrer verlobten Tochter in der mütterlichen Wohnung dulden? Hört das Recht und die Pflicht, gegen strafbare Handlungen einzuschreiten, auf, wenn die Täter „patriotisch“ Stützen der Dreiklassenmach sind?

Profite der zuckerischen Zuckerbarone.

Am 31. August ging in der Zuckerindustrie das Entschieden 1908/09 zu Ende und daher veröffentlichten in den letzten Wochen eine größere Anzahl Aktien-Gesellschaften dieser Branche ihre Betriebsergebnisse. Den Fabrikanten, die im Privatbesitz sind, läßt sich nicht in die Karten schauen, wohl aber den Aktien-Gesellschaften, die das Gesetz zwingt ihre Bilanzen zu veröffentlichen. Sie beweisen uns, daß die Zuckerfabrikanten unter der Krise nicht gelitten haben, im Gegenteil, sie haben glänzendere Geschäfte gemacht als in den Jahren des Aufschwungs. Gute Ernten, steigende Zuckerpresse, sinkende Arbeitslöhne, alles hat beigetragen, den Gewinn der Zuckerfabrikanten zu mehren. Wie enorm diese Gewinne sind, geht aus nachstehender Zusammenstellung der Geschäftsergebnisse von Fabriken aus dem baltischen Deutschland hervor.

Zuckerfabrik	Es saßen Lebende:	
	1908/09 Prozent	1907/08 Prozent
Fröbeln	12 1/2	8
Sabnan	15	6
Krausch	21	20
Anklam	27	14
Puljow	30	16
Lucien	35	23

Diese glänzenden Resultate wurden erzielt, trotzdem sich in Deutschland, wie in den meisten anderen europäischen Ländern, die Zuckerproduktion gegenüber dem Vorjahre etwas verringert hat. Nach den vorliegenden Schätzungen wurden im letzten Jahre in Deutschland 2.070.000 Tonnen hergestellt gegenüber 2.128.700 Tonnen im Jahre 1907/08 und 2.400.800 Tonnen im Jahre 1906/07. Für uns Breslauer ist die Viehhaltung ein stichbarer Beweis der Rentabilität der Zuckerfabrikation, sie wurde von den Gebrüdern Viehlich, den früheren Le-

Aus aller Welt.

Ein Torado für Beklagte. In Preußen ist man daran gewöhnt, über amtliche Verfügungen zuweisen den Kopf zu schütteln; was jedoch kürzlich einem Berliner Geschäftsmann passiert ist, dürfte weit über die Grenzen Berlins Interesse und Heiterkeit erregen. Man schreibt dem H. L.: Ein Herr K., der als Adresse auf den Briefbogen „Herttha-Island bei Dorokowo“ gedruckt angegeben hatte, bestellte bei einer bekannten Berliner Firma Waren, die prompt der Bestellung gemäß abgehandelt wurden. Als dann der Besteller zahlen sollte, hüllte er sich in tiefes Schweigen und ließ die Mahndriefe unbeantwortet. Dem Berliner Kaufmann blieb nun nichts anderes übrig, als die Klage bei dem zuständigen Amtsgericht in Allenstein in Ostpreußen einzureichen und er betraute mit der Wahrnehmung seiner Interessen den Rechtsanwalt Salzmann. Der Anwalt leitete formgerecht die Klage ein und das Amtsgericht in Allenstein setzte den Termin auf den 6. Dezember an. Anstatt einer Mitteilung über den nicht zweifelhaften Ausgang des Prozesses erhielt der Kläger von seinem Rechtsanwalt ein Schreiben, das wörtlich wie folgt lautet:

In Sachen ... teile ich Ihnen ergebenst mit, daß im heutigen Termin nicht verhandelt werden konnte, weil dem Beklagten die Klage nicht zugestellt worden ist. Beklagter bewohnt eine Insel, welche ringsum mit Wasser umgeben ist. Die Zustellung der Klage kann also nur dann bewirkt werden, wenn der See zugefroren ist. Es muß also bis zum Eintritt eines Frostwetters abgewartet werden.

Man muß sich nun fragen: Was wird, wenn der Winter milde bleibt und die tiefen und großen marjischen Seen überhaupt nicht zufrieren? Nach der Mitteilung, von der nicht feststeht, ob sie die Ansicht des Amtsgerichts oder die des Rechtsanwalts ist — kann an die Durchführung von Prozessen, ganz gleich ob Zivil- oder Strafprozesse, gegen die Bewohner der Herttha-Insel überhaupt nicht gedacht werden; denn der Gerichtsvollzieher ist durch das Wasser dauernd verhindert, zu den Bewohnern zu gelangen und die Klage zustustellen zu erlauben. Die Inselbewohner können also in baltischen Vaterlande ruhig besinnen, was ihr Herz begehrt, und brauchen Zahlungen nicht zu leisten. Ihnen kann niemand zu Leibe, weder ein königlich preussisches Amtsgericht noch ein königlich preussischer Gerichtsvollzieher. Denn — *Wants* — an der Herttha-Insel nicht zu geben.

Abflug des Abtillers Meriot. Der Kanakler Meriot, der gegenwärtig in Konstantinopel Hauptverhandlung anhängig ist, erlitt am Sonntag einen schweren Unfall. Er befand sich am Nachmittag in Gegenwart einer großen Versammlung bereits länger Zeit in der Luft als der Apparat plötzlich von einem Windstoß erfaßt und gegen ein Haus geschleudert wurde. Dabei ging der Apparat völlig in Trümmer und Meriot stürzte schwer verletzt zu Boden. Er wurde sofort in das französische Hospital transportiert. — Nach einer anderen Meldung ist Meriot allerdings nur leicht verletzt worden.

Das Defizit der „Jia“. Der vorläufige Abschluß des Finanzauschusses der „Jia“, der Frankfurter Zeitung, Anstellung von diesem Sommer, ergibt einen Reibetrag von 170.000 Mark. Einige Prozesse sind noch nicht erledigt, doch wird diese Summe keine wesentliche Veränderung erfahren, so daß die Rechner des Garantifonds mit 16 Prozent herangezogen werden müssen.

Feuer im Kino. In dem am Sonntag neu eröffneten Altkindlichen Germania-Theater lebender Photographien in Paris während der Vorstellung ein Film in Brand. Unter den dicht gedrängten Zuschauern entstand eine große Panik. Während die Menge fluchtartig nach dem Ausgange drängte, erplödeten auch die übrigen Säle, sodaß die Stichflamme bis auf die Straße hinausgeschlugen. Mehrere Personen, darunter der Besitzer, erlitten erhebliche Brandwunden und sonstige Verletzungen.

Doppelmord eines Wilderers. Ein blutiges Drama, bei dem zwei Personen erschossen wurden. Spielte sich in Wälsch im A. Rh. ab. Ein Telegramm von dort meldet: Als der Richter Uble und der Gendarmenwachmeister Rager in der Nacht einen Wilder, der am Tage vorher beim Wildern den Fluchthüter durch einen Streifschuss verletzt hatte, in seiner Wohnung verhaften wollten, wurden beide von dem Wilderer aus dem Hinterhalt erschossen. Der Täter, ein Mann namens Schiefer, ergriff die Flucht und ist noch nicht verhaftet.

Schandtaten eines sizilianischen Geflügelers. Vor dem Schwurgericht in Catania hatte sich der Geflügel-Gewerbetreibende Giovanni Quiro zu verantworten, weil er vierzehn kleine Hühner des sizilianischen Instituts in Sizilien raubte. Er wurde für seine Schandtaten zu zehn Jahren Zuchthaus verurteilt.

Das neugeheute Opfer der Hamburger Katastrophe. In der Nacht zum Sonntag ist, wie aus Hamburg berichtet wird, der Kupferhändler Jankowski im dortigen Hafenanbauhandwerk gestorben. Die Kahl der Opfer der Brandkatastrophe steigt damit auf neunzehn. Am Sonntag sind in Hamburg wieder drei Opfer des Brandes beerdigt worden.

Tauscherkatastrophe in Neapel. Im Hafen von Neapel ereignete sich ein schwerer Unfall, bei dem neun Arbeiter ertranken und sieben verletzt wurden. Ein Telegramm meldet hierzu: Als am Montag die mehrere Tausend Tonnen schwere Taucherglocke mit sechzehn Arbeitern für die Unterwasserarbeiten im Hafen von Neapel verladen wurde, rissen plötzlich die eisernen Ringe eines Caissons und die Taucherglocke schlug um. Dabei ertranken neun Arbeiter und sieben erreichten schwer verwundet die Oberfläche.

Der reichste Junker.

Preisen mit viel schönen Tieden
Ihrer Sehnsucht Ideal,
Sagen viele deutsche Junker
Jüngst im Rheingold-Kaiseraal.
Und es sprach ein Herr aus Sachsen:
Das Pluralrecht ist 'ne Pracht;
Wenn auch vier Früchte wachsen —
Bei dem Vögel bleibt es Nacht!
Stummend sagte drauf der brave
Odenburg (aus Jannichan):
Ich bin für die Pracht!
Wer mich liebt, ist braun und blau.
Jubelnd rief nun ein Agawer:
Hei, wie pfeifen auf den Bloß;
Seiner Majestät Exakter
Sind wir mit und ohne Stod!
Deydebrand (der mit dem Darte),
Preußen vielgeliebter Herr,
Sprach: der eben offenkarte
Reichthum ist nicht weniger.
Still ist meines Wiltens Ergo:
Dethmann darf, pariert er bloß,
Seine Klage ähnlich legen
Hier in diesen meinen Schoß!
Und es rief: Herr von Sachsen,
Der von Jannichan, vom Rhein
Deydebrand, Ihr seht der Reichthum
Ist nicht unter Edelstein!
Emanuel in der „Mit dem Rhein“

Theater während der Festerstage.

Vollvorstellungen des Sozialdemokratischen Vereins...

Am zweiten Festerstag wird „Artha“, komische Oper von Flotow, gegeben.

Da die Willette an die Distriktsführer bereits morgen...

Tuberkulie und skrofulöse Schulkinder.

Nach den Mitteilungen, die Professor Dr. v. Drigalski in...

Wir hatten in diesem Sommer in Deutschland 18. Mill-

Die Kinder, von Skrofulose gar nicht zu reden.

* „Rechtskonsulenten“ nennen sich Leute, die unerfahren oder unwissenden Menschen beim Verkehr mit Behörden...

Obernacht, den 5. Dezember 1909.

Frau Josefa Proßig

Hof. Sandberg.

Es Königl. Amtsgericht in Waldenburg teil mir mit, daß Sie nach dem Urteil des Doktor Ulrich krank sein sollen.

E. Just.

Statt des § 288 sollte Herr Edgar Just lieber einmal den § 253 des Strafgesetzbuches zum Gegenstand seines Studiums machen.

Daß die Forderung von 50 Mark für einige Seiten Schreibarbeit im vorliegenden Falle rechtswidrig ist, und daß sich demnach die brieflich angebotene Verhaftung als verbotene Exzession darstellt...

Wegen den Detaillisten-Verein.

unter dieser Signatur drachten wir vor einigen Tagen eine Petition aus dem Verein „Angestellter Breslauer Damenmüllfabrikanten“...

Wir haben diese Petition dahin zu verbaulichen, daß die Majorität des gesamten Vereins eines Mandates bedarf...

Nach den uns vorliegenden Satzungen ist diese letzte Versammlung den Statuten zuwider einberufen und schließt eine Verwalterung der Minorität der Mitglieder in sich.

Ohne dem Verein zu nahe treten zu wollen, müssen wir konstatieren, daß die arden Handlungsgesellschaften das Recht getroffen haben, als sie die Resolutionsauflösung...

Nachdem der Beschluß zustande gekommen war, nahmen die gewesenen Vorstandsmitglieder, speziell der erste Vorsitzende, Herr Otto Krause...

Daß auch die „Morgenzeitung“ diesen Bericht brachte, wurde nicht erwähnt, aber schien die Herren nicht sehr aufzuregen...

Im Interesse der Handlungsgesellschaften würde es, so sagten uns heute selbst bisherige Mitglieder dieses Vereins, wenn dieser Verein bald wieder von der Minorität verschwinden würde...

* Rechtschutzstelle für Frauen. Allen unbemittelten Frauen, die Rat in Rechts- oder Wohlfahrtsangelegenheiten bedürfen, sei die Rechtschutzstelle für Frauen angelegentlich empfohlen.

* Geflügelbestand in den städtischen Gewässern. Ende März d. J. waren in den städtischen Gewässern 18 weiße Schwäne vorhanden, die sich durch Zuwachs in diesem Jahre nur um einen vermehrt...

* Zentralverband der Handlungsgehilfen und Gehilfen Deutschlands. Am Mittwoch, den 16. Dezember, Abends 8 1/2 Uhr, findet im Gewerkschaftshaus...

* Achtung, Leserver! Die Sektionsversammlung findet nicht wie irtümlich gemeldet, am 14., sondern Mittwoch, den 15. Dezember, Abends 8 Uhr...

* Die Töpfer halten Freitag Abends 8 Uhr im Gewerkschaftshaus (Zimmer 2) eine wichtige Mitglieder-Versammlung ab...

* Stadt-Theater. Heute Dienstag gelangt zum ersten Mal in dieser Spielzeit „Johanna“ in der aus dem Vorjahre bekannten neuen Ausstattung und Inszenierung zur Aufführung.

* Liebe-Theater. Dienstag „Die geschiedene Frau“. - Mittwoch „Ein Herrschmannöver“. - Donnerstag „Der fidele Bauer“.

* Thalia-Theater. Vollvorstellungen. Als zweite Vorstellung der neuen Reihe wird heute Dienstag „Johanna“ gegeben.

* Breslauer Schauspielhaus. Die Operetten-Kommission Johann Snaap, der Walzerkönig geht heute Dienstag zum dritten Male in Szene.

* Die Gewerkschaft des Bezirks 18 werden samstags aufmerksamer gemacht, daß die Willette zu den Vollvorstellungen heute...

* Wer hat den Hut? Bei der Delegiertenwahl hat jemand im Fokale von Max Schuster, Teichstraße 12, einem Gewerkschaftsmitglied...

* Unglücksfall. Am Montag Nachmittags 3 1/2 Uhr stürzte ein Zimmermann vom Schulbauarbeiten an der Höhenstraße 3 Stiege tief herab.

* Selbstverschuldeter Unfall. Auf der Kaiser-Wilhelmstraße verfuhr gestern ein Radfahrer zwischen einem Straßenbahnwagen und einem diesem begegnenden Omnibus hindurch, glitt aber aus und kam zu Fall.

* Fuhel gezahltes Fahrgeß. Der Droschkentischer Johann Baron, Cadowstraße 22, hat am 9. d. Mts. ein Fuhelmarktsäckel...

* Gefunden wurden ein Portemonnaie mit Inhalt, über 3 Mark bares Geld, ein Trauring mit Gravierung, ein Manschettenknopf...

Neueste Nachrichten.

Rath-Syndikat.

Berlin, 14. Dezember. (S. L.-B.) Gestern Abend gelangte der mit der Schmidtmanu-Gruppe abgeschlossene Vertrag durch den Aufsichtsrat einstimmig zur Annahme.

Hausbesetzung.

Baderborn, 14. Dezember. (S. L.-B.) Gestern Nachmittags ist der Neubau des Warenhauses Steinberg u. Grünbaum eingeweiht.

Auf der Jagd des Frankensbergers.

Berlin, 14. Dez. (S. L.-B.) In den gestrigen Abendstunden gelang es der Polizei eine ganz bestimmte Spur zu finden. Es läßt sich zur Stunde allerdings nicht sagen, ob sich die Vermutungen der Polizei bewahrheiten.

New York, 14. Dezember. (S. L.-B.) Es unterliegt keinem Zweifel mehr, daß der Dampfer „Vestner“ untergegangen ist, der seit dem letzten Orkan vermißt wird.

Wasserstandsberichte der Ober.

Table with columns: Pegel, in Höhe, Station, Gefälle, Abfluss, Pegel, Höhe, Ort, Datum, Wasserstand, Pegel, Ort, Datum. Includes data for various stations like 14. 12., 15. 12., Mittel.

Bersammlungen und Vereine.

Arbeiter-Sekretariat Breslau.

Nikolaistraße 18/19. Sprechst. Vorm. 11-1 Uhr, Nachm. 5 1/2-7 1/2 Uhr (außer Sonnabend Nachmittags).

Gewerkschaftshaus.

Dienstag, den 14. Dezember: Dauerbeitrags-Kommission. Wichtige Sitzung. Arbeiter-Stenographen. Zimmer 5.

Mittwoch, den 15. Dezember: Schmeide-Versammlung. Abends 8 1/2 Uhr im Billardzimmer. Donnerstag, den 16. Dezember: Kreisrat der Arbeiter. Abends 8 Uhr im Zimmer 8.

Freitag, den 17. Dezember: Töpfer. Abends 8 Uhr: Wichtige Versammlung. Zimmer 2. Arbeiter-Stenographen. Zimmer 3/4.

Sozialdemokratischer Verein Breslau.

Montag, den 20. Dezember, Abends 8 Uhr, in den Distriktslokalen Abrechnung der Bezirksführer. Die unverkauften Beitragsmarken und die Kontostellen sind mitzubringen.

Sozialdemokratischer Verein Breslau (Saub). Neumarkt. Sonntag, den 13. Dezember, Abends 8 Uhr, bei Friederich in Partille: Öffentliche Volks-Versammlung. Tagesordnung: Die bestehenden Verhältnisse in der Gemeinde-Verwaltung von Partille. Referent: Stadverordneter D. Schäfer. Freie Diskussion. Um zahlreichem Besuch bitten. Der Stadverordneter.

Bezug 1. und 2. Sonntag, den 19. Dezember, Abends 7 Uhr: Mitglieder-Versammlung bei Folgerer. Referent: Emma Schöler.

Sozialdemokratischer Verein Breslau (Saub). Neumarkt. Sonntag, den 19. Dezember, Vormittags 7 Uhr: Flugblattverteilung.

Der Herr... (Text about political views and social issues)

Die Liberalen noch nicht genug... (Text discussing liberal and conservative positions)

Einmal für den Sozialdemokraten... (Text about social democracy and political parties)

Staatsrechtsdebatten... (Text discussing state law and administrative matters)

Wir verbergen unser Endziel nicht... (Text about political goals and the role of the press)

Mein Gemüthen zur Ordnung gerufen... (Text about personal reflections and political opinions)

Abg. Fehrendach (Zentrum):... (Text of a speech by Fehrendach)

die den Verbrechen... (Text about crime and social justice)

Abg. Dr. Müller-Meinungen... (Text of a speech by Müller-Meinungen)

Abg. Erzberger (Zentr.):... (Text of a speech by Erzberger)

Abg. Erzberger (Zentr.):... (Text of a speech by Erzberger)

Schlesien, Posen und Nachbargebiete.

In den Beamtenmahnregelungen in Kattowitz.

Bezahlten Beamten des Amtsgerichts... (Text about civil servant regulations)

Der Justizminister wird ziemlich... (Text about the justice minister's actions)

Bayern, 14. Dezember. Die „Rache“... (Text about a political event in Bavaria)

Die Beschlüsse des Abg. Franz... (Text about legislative decisions)

Deutchen O.S., 13. Dezember. Manbanfall... (Text about a case in Deutchen O.S.)

Deutchen, 14. Dezember. Gestrichelt... (Text about a case in Deutchen)

Stammschätze, 14. Dezember. Ueber die... (Text about family records)

Literatur.

Parteiliteratur. Im Verlag von... (Text about political literature)

Die Geschichte des Verdrängens... (Text about historical events)

Der Bildungsausschuss hat... (Text about an education committee)

Friedrich Naumann, Sonnenfahrten... (Text about a travel book)

Briefkasten.

Sprechstunden der Redaktion... (Text about office hours)

S. S. Es ist eine leider noch... (Text about a letter or notice)

Werte Geirat. I. Sie brauchen... (Text about marriage and family matters)